

ALI Winnenden

Fraktion Alternative und Grüne Liste Winnenden
Christoph Mohr, Königsberger Ring 20, 71364 Winnenden
Tel. 07195/957329, Fax 07195/586911
christoph.mohr@gr.winnenden.de

An den Vorsitzenden
des Gemeinderates der
Großen Kreisstadt Winnenden,
Herrn Oberbürgermeister
Hartmut Holzwarth

Winnenden, den 12. Januar 2014

Antrag der Fraktion Alternative und Grüne Liste (ALI) Winnenden

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Wir beantragen die Beratung des vorliegenden Antrages in einer Sitzung des Verwaltungsausschuss sowie die Beschlussfassung spätestens in der Sitzung des Gemeinderates am 25. Februar 2014.

Beschlussvorschlag: Die Große Kreisstadt Winnenden beteiligt sich am 10. März 2014, dem 55. Jahrestag des Tibetischen Volksaufstandes, an der Aktion der Tibet Initiative Deutschland e.V. „10. März 2014 – Eine Flagge für Tibet“ und hisst an diesem Tage die tibetische Fahne am Rathaus der Stadt.

Begründung:

Tibet wurde 1949/50 von der Volksrepublik China völkerrechtswidrig besetzt und 1951 annektiert. Der verzweifelte Widerstand des tibetischen Volkes fand am 10. März 1959 in einem Aufstand in Lhasa, der tibetischen Hauptstadt, seinen tragischen Höhepunkt. Tausende von Tibetern kamen dabei ums Leben.

Deshalb ruft die Tibet Initiative Deutschland e.V. aus Solidarität mit dem gewaltlosen Widerstand der Tibeter gegen die chinesische Besatzungspolitik seit 19 Jahren Städte und Gemeinden dazu auf, öffentlich die tibetische Flagge zu hissen.

Seit den Unruhen, die 2008 im Vorfeld der Olympischen Spiele ausbrachen, ist Tibet nicht mehr zur Ruhe gekommen. Peking versucht seitdem mit wachsender Härte, doch offenbar ohne Erfolg, das Land zu befrieden. Weite Regionen Tibets stehen faktisch unter Kriegsrecht. Ausländischen Beobachtern und Journalisten ist der Zugang verwehrt. Für 'Reporter ohne Grenzen' gibt die zunehmende Isolierung Tibets in den letzten Jahren "Anlass zu wachsender Sorge". Die tibetischen Gebiete seien "rechtlose Zonen", in denen sich, "verborgen vor den Augen der Welt, eine ernsthafte Krise" entwickle.

Über 120 Menschen haben sich seit März 2009 selbst in Brand gesetzt, um gegen Chinas Herrschaft zu protestieren und auf die wachsende Unterdrückung aufmerksam machen, der sie in allen Lebensbereichen ausgesetzt sind.

Diese Selbstverbrennungen – dies geht aus den Briefen und Audioaufzeichnungen hervor, die viele der Menschen hinterließen – sind keine 'Selbstmorde' aufgrund persönlicher Verzweiflung über ihre eigene Situation, sondern es ging ihnen darum, Licht zu werfen auf die unhaltbaren Zustände in ihrer Heimat.

Selbst bei dieser dramatischen und überaus schmerzhaften Art des Protests halten die Tibeter am Prinzip der Gewaltlosigkeit fest – sie setzen ihr eigenes Leben ein, ohne Gewalt gegen andere zu üben, auch nicht gegen ihre Unterdrücker. Ganz anders als z.B. Selbstmordattentäter, deren Ziel es ist, möglichst viele andere Menschen mit in den Tod zu reißen. Die Selbstverbrennung ist wohl das äußerste gewaltlose Mittel, das den Tibetern geblieben ist.

Peking reagiert unverändert mit Härte, verschärft die Unterdrückungsmaßnahmen, verhängt drastische Strafen und versucht, jegliche Wege der Kommunikation mit der Außenwelt zu kappen: Telefone und Handys werden eingezogen, Satellitenschüsseln abmontiert usw. Polizei, Paramilitär und Militär vor Ort werden verstärkt.

Weitere Informationen unter <http://www.tibetflagge.net/> sowie <http://www.tibet-initiative.de/>.

Die Aktion hat in den vergangenen Jahren in den bundesdeutschen Kommunen in jedem Jahr mehr teilnehmende Städte und Gemeinden gefunden; im vergangenen Jahr waren es 1236, darunter 184 in Baden-Württemberg. In unserem Bundesland waren 2013 u.a. **Backnang, Baden-Baden, Böblingen, Esslingen, Fellbach, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Ludwigsburg, Schorndorf, Schwäbisch Gmünd, Schwäbisch Hall, Tübingen, Ulm und Stuttgart** beteiligt. Aus diesem Grunde würde es auch unserer Stadt gut anstehen, sich an dieser Aktion im Sinne der Menschenrechte zu beteiligen. Die Teilnahme würde sich einfügen in das Engagement der Stadt Winnenden in der Kampagne „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“, die zwar nicht unmittelbar mit den Aktivitäten der Tibet-Initiative Deutschland verknüpft ist, aber ihren Ursprung in einer gleich gearteten **Verantwortung für die Menschenrechte** hat, die **über unsere Stadt hinaus** von uns empfunden wird.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Mohr, Willi Halder, Martin Oßwald-Parlow, Maria Papavramidou
Fraktion ALI Winnenden